

Infrastrukturabgabe beschlossen

Grünes Licht für die Maut

Versprochen ist versprochen: Die Maut kommt. Am Freitag hat der Deutsche Bundestag dafür den Weg frei gemacht und die sogenannte Infrastrukturabgabe für PKW beschlossen. „Wir sorgen für Gerechtigkeit bei der Finanzierung unserer Straßen“, sagte Bundesminister Alexander Dobrindt (CSU) im Plenum. 3,7 Milliarden Euro soll die Infrastrukturabgabe insgesamt an Einnahmen bringen.



Foto: picture alliance/bildagentur online

„Wer Bundesfernstraßen mitnutzt, der zahlt mit“, unterstrich Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag. Die CSU-Landesgruppe hat heute gemeinsam mit CDU und SPD die Infrastrukturabgabe beschlossen. Damit wird das Prinzip der Nutzerfinanzierung in die deutsche Verkehrsfinanzierung eingeführt und eine Gerechtigkeitslücke geschlossen.

Dobrindt betonte, dass mit dem beschlossenen Gesetz 3,7 Milliarden Euro in den Haushalt des Bundesverkehrsministeriums fließen – und das dauerhaft. Außerdem werde mit dem Gesetz die Finanzierung auf drei Säulen erweitert: Mineralölsteuer, KFZ-Steuer und Einnahmen auf der Infrastrukturabgabe.

Die Kosten für eine Jahresvignette bestimmen sich nach dem Hubraum und den Umwelteigenschaften des PKW – durchschnittlich liegen sie bei 74 Euro. Die CSU-

Landesgruppe hat versprochen, dass es zu keiner Mehrbelastung für die Halter in Deutschland zugelassener Fahrzeuge kommt, dieses Versprechen gilt: Die Halter von in Deutschland zugelassenen Fahrzeugen beteiligen sich bereits über die Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer an der Finanzierung des Bundesfernstraßennetzes. Deshalb reduziert die Koalition zeitgleich über Steuerentlastungsbeiträge die Kraftfahrzeugsteuer. Alle

Einnahmen fließen zweckgebunden in die Infrastruktur und sichern damit eine nachhaltige Finanzierung der Lebensadern der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft.

„Nutzerfinanzierung, Zweckbindung und Investitionswende – all das bringen wir auf den Weg. Wir übernehmen die Verantwortung für unsere Infrastruktur, wir sorgen für Gerechtigkeit bei der Finanzierung unserer Straßen, und ich bleibe dabei: die Infrastrukturabgabe ist fair, sinnvoll und gerecht.“, sagte Alexander Dobrindt.

**Fair, sinnvoll
und gerecht**



Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Standortfrage für den Olympia-Attentat-Gedenkraum hat der neue Vorschlag des Bayerischen Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst Dr. Ludwig Spaenle als tragfähiger sachgerechter Kompromiss die unterschiedlichsten Interessen zusammenführt.

Und nun ist auch die Finanzierung durch den Bund trotz der Verzögerungen positiv geklärt. In einem Schreiben an den für Sportfragen zuständigen Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maiziere hatte ich einen Beitrag des Bundes eingefordert: „Da es sich bei dem Gedenken an die Terroropfer des Olympia-Attentates von 1972 auch um eine nationale Aufgabe handelt, die im Ausland viel Beachtung findet, sollte von Seiten des Bundes die Finanzierung der Gedenkstätte mit Haushaltsmitteln unterstützt werden.“

Bundesminister Dr. de Maiziere teilte mir jetzt mit: „Meine Zusage einer Unterstützung gilt auch weiterhin. Daher hat mein Haus den Bedarf in Höhe von 350.000 Euro im Rahmen des Verfahrens für den Haushalt 2016 erneut gegenüber dem Bundesminister der Finanzen angemeldet.“

Die Bundesbeteiligung von rund 350.000 Euro ist ein deutliches Signal der nationalen Verantwortung des Bundes zum Gedenken. Und es ist auch ein Ja des Bundes zum gefundenen Standortkompromiss.

Lassen Sie mich Ihnen noch ein schönes Osterfest und erholsame Feiertage wünschen.

Mit freundlichen Grüßen

Flug 4U9525

In tiefer Trauer

Fassungslosigkeit, Entsetzen, Schmerz: Der Schock über den Flugzeugabsturz in den französischen Alpen sitzt tief. 150 Menschen verloren ihr Leben, viele kamen aus Deutschland und Spanien. „In diesen schweren Stunden sind meine Gedanken bei den Angehörigen und Freunden der Opfer“, zeigte sich Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt fassungslos.



Das Foto zeigt einen Typ der Unglücksmaschine des Germanwings-Flug 4U9525

Foto: picture alliance/dpa

Der Germanwings-Flug 4U9525 war am Dienstag auf dem Weg von Barcelona nach Düsseldorf. Gegen 10.40 Uhr ist das Flugzeug vom Radar verschwunden – an Bord waren 144 Passagiere und sechs Besatzungsmitglieder. Sie alle überlebten

das Unglück nicht. Nach jetzigen Erkenntnissen brachte der Co-Pilot die Maschine bewusst zum Absturz. Unter den Opfern sind 75 Deutsche. „Wir haben versprochen, dass wir von Seiten unserer Regierungen alles tun werden, um zu helfen, alle Umstände

dieses Absturzes restlos aufzuklären“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, die am Mittwoch zum Unglücksort nahe der Stadt Barcelonnette in den südfranzösischen Alpen flog. Unmittelbar nach dem Unglück reiste auch Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt nach Frankreich, anschließend unterrichtete er den Verkehrsausschuss des Bundestages von seinen Eindrücken vor Ort.

Der Deutsche Bundestag hat seine Plenarsitzung am Donnerstag mit einer Schweigeminute begonnen. „Es ist eine menschliche Tragödie, die Deutschland, Spanien und Frankreich in Schock und Schmerz eint“, sagte Parlamentspräsident Norbert Lammer zu Beginn der Sitzung.

Diese Woche

Infrastrukturabgabe beschlossen Grünes Licht für die Maut	1
Flug 4U9525 In tiefer Trauer	2
Bundestags-ABC Was ist eigentlich ... ein Ausschuss?	2
Assoziierungsabkommen mit Ukraine, Moldau, Georgien „Investition in eine friedliche Zukunft“	3
Wirtschaft konkret – das Wirtschaftsforum der CSU-Landesgruppe Zuhören, verstehen, handeln: Im Dialog mit Unternehmen	3
Chronik Ein Abkommen und sein Weg	3
Menschen mit Behinderung Mit Begegnungen Barrieren abbauen	4
Wettbewerb sichern Das Ende der Milchquote	4
Medienkompetenz fördern Gebildet in Digitalen Medien	4
Bürokratieabbau Eins rein, eins raus	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Henning Schacht

Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eigentlich ... ein Ausschuss?

In den Ausschüssen des Deutschen Bundestages werden die künftigen Gesetze in Form gegossen. Hier wird um Formulierungen gerungen und die politische Feinjustierung vorgenommen. Zugleich sind sie Austauschforum zwischen Wissenschaft und Politik.



Foto: Deutscher Bundestag / Simone M. Neumann

Die Ausschüsse sind die zentralen Arbeitseinheiten im parlamentarischen Gesetzgebungsprozess. Vor der Beschlussfassung im Plenum werden in den derzeit 23 ständigen Ausschüssen Details debattiert und gesetzliche Formulierungen ausgearbeitet. Dabei können die Ausschussmitglieder Regierungsvertreter oder Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis zu Rate ziehen. Dies geschieht im Rahmen einer Anhörung.

Die Zusammensetzung der Ausschüsse entspricht den Kräfteverhältnissen im Parlament. Vom Grundgesetz vorgeschrieben sind der Verteidigungsausschuss, der Auswärtige Ausschuss, der Petitionsausschuss sowie der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union; alle weiteren Ausschüsse werden jeweils zu Beginn einer Legislaturperiode neu eingesetzt.

Assoziierungsabkommen mit Ukraine, Moldau, Georgien

Chronik

„Investition in eine friedliche Zukunft“

Es war der Stein des Anstoßes der Ukraine-Krise: das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union. Nun hat der Bundestag diesem Abkommen zugestimmt, ebenso wie denen mit Moldau und Georgien. Sie sollen zu einer Annäherung zwischen den Ländern und der Europäischen Union führen.



Foto: picture alliance/dpa

Europa, unterstrich Andrea Lindholz (CSU) im Plenum des Deutschen Bundestages, setze auf Friedenssicherung durch Demokratie und freie Marktwirtschaft. Die europäische Unterstützung der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens in der Wirtschafts-, Sicherheits- und Außenpolitik sei „keine milde Gabe, sondern eine Investition in eine friedliche Zukunft Europas“. Die Assoziierungsabkommen, die nun ratifiziert wurden, seien deshalb ein Teil der europäischen Sicherheitspolitik, fügte Lindholz hinzu.

Seit 1998 regelte bereits ein Partnerschaftsabkommen die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Europäischen Union. Die vielfältigen historischen, kulturellen, politischen

und wirtschaftlichen Beziehungen haben sich seitdem enorm verbessert. Das Assoziierungsabkommen, welches seit 2007 verhandelt wurde, soll nun die Wertvorstellungen in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine fördern. Zugleich soll das Freihandelsabkommen die Investitionskraft und die Liberalisierung im Land vorantreiben und wirtschaftliche Stabilität garantieren. Europa müsse bei den Assoziierungsabkommen, die von der großen Mehrheit in den drei Ländern gewünscht wird, seine unveräußerlichen Werte konsequent vertreten. Denn nur so könne man zu einem neuen, friedlichen und dauerhaften modus vivendi mit Russland finden, so Lindholz.

Ein Abkommen und sein Weg

Das Abkommen mit der Ukraine bildet den Ausgangspunkt der aktuellen Krise in dem Land. Die Vorgeschichte:

◆ **21. November 2013:** Die Janukowitsch-Regierung sagt die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens ab. Im Gegenzug nahm der ukrainische Staatschef ein russisches Angebot für unmittelbare finanzielle Unterstützung an. Dies führte zu Demonstrationen auf dem Maidan, dem Sturz der Regierung und letztlich zur aktuellen Ukraine-Krise.

◆ **21. März 2014:** Der politische Teil des Assoziierungsabkommens wird unterzeichnet. Unter anderem soll die Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik verstärkt werden.

◆ **27. Juni 2014:** Der wirtschaftliche Teil (umfasst unter anderem die Schaffung einer Freihandelszone) wird unterzeichnet. Dieser Teil soll aber erst Ende 2015 in Kraft treten. Darauf haben sich die EU-Kommission, Ukraine und Russland im September 2014 geeinigt.

◆ **26. März 2015:** Der Deutsche Bundestag ratifiziert das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau.

Wirtschaft konkret – das Wirtschaftsforum der CSU-Landesgruppe

Zuhören, verstehen, handeln: Im Dialog mit Unternehmen

Erbschaftsteuer, Mindestlohn, Energiewende, TTIP – die Themenpalette beim ersten Wirtschaftsforum der CSU-Landesgruppe war breit gefächert. Mit dem neuen Format möchten die Bundestagsabgeordneten mit Unternehmen aus Bayern direkt ins Gespräch kommen. Denn die Wirtschaft liegt der CSU am Herzen – das gilt besonders für den Mittelstand und für Familienunternehmen. Volker Kronseder, Vorstandsvorsitzender der Krones AG, und Johann Bögl, Geschäftsführer der Max Bögl Bauservice GmbH & Co. KG, schilderten ihre Sicht auf die aktuellen politischen Entscheidungen und skizzierten Herausforderungen für die mittelständische Wirtschaft. Ein The-



Foto: CSU-Landesgruppe

ma war auch der Mindestlohn. Hier versprach Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt Nachbesserungen. Derzeit befinde man sich mitten in der Korrekturphase.

Die Krones AG fertigt Anlagen für die Prozess-, Abfüll- und Verpackungstechnik, unterdessen kümmert sich

der Max Bögl Bauservice vor allem um Projekte den Bereichen Hochbau, Infrastruktur und erneuerbare Energien. Hasselfeldt betonte zum Schluss: „Wir sind stolz, dass wir solche Unternehmen in der bayerischen Heimat haben und wollen gemeinsam einen Beitrag leisten, dass sie sich weiter gut entwickeln.“

Menschen mit Behinderung

Mit Begegnungen Barrieren abbauen

Inklusion ist eine der gesellschaftlichen Aufgaben der kommenden Jahre, dies machte Benedikt Lika bei einer Podiumsveranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion deutlich. Der Augsburger CSU-Stadtrat sitzt selbst im Rollstuhl.



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Jeder Mensch hat das Recht, sich gegenseitig kennenzulernen“, sagte Benedikt Lika. Nur die gemeinsame Begegnung könne die gegenseitigen Vorurteile und Ängste abbauen. Zu dem Kongress „Inklusion von Menschen mit Behinderung im gesellschaftlichen Leben“ kamen am Montag rund 300 Gäste ins Paul-Löbe-Haus des Bundestages.

„Wir alle wollen mehr Bewusstsein dafür, dass Anderssein ganz normal ist“, sagte CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Astrid Freudenstein bei der Veranstaltung. Deshalb setze man sich für ein modernes Bundesteilhabegesetz ein, welches den Menschen mit Behinderung im 21. Jahrhundert gerecht werde. Denn die Herausforderungen verändern sich mit der Zeit.

Bürokratieabbau

Eins rein, eins raus

One in – One out: Das Prinzip ist simpel und soll helfen, Unternehmen von überflüssiger Bürokratie zu entlasten. In der Praxis bedeutet dies, dass künftig für jedes neue Gesetz, welches zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursacht, eine alte Regel weichen muss. Mit dieser sogenannten Bürokratiebremse können die Belastungen für die Wirtschaft minimiert werden. Notwendige Reformen sollen jedoch nicht auf der Strecke bleiben. Das hat die Bundesregierung am Mittwoch im Kabinett beschlossen. Außerdem verabschiedete die Regierung einen Gesetzentwurf zur weiteren Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie. Darin sind verschiedene Regelungen enthalten – zum Beispiel sollen Existenzgründer von statistischen Meldepflichten befreit werden.

Die beschlossenen Maßnahmen sollen die Wirtschaft um mehr als eine halbe Milliarde Euro entlasten.

Wettbewerb sichern



Foto: picture alliance/paul mayall

Das Ende der Milchquote

Künftig wird es keine Quotenregelung mehr bei Milch geben. Ein Antrag der Koalitionsfraktionen soll dafür sorgen, die Betriebe auf dem Weg in den Markt durch ein umfassendes Bündel von Maßnahmen zu unterstützen und vor übermäßigen Preisausschlägen zu schützen. Am Freitag wurde der Antrag im Bundestag beraten. In der Europäischen Union war seit Mitte 80er Jahre die Milchproduktion über eine Quote geregelt. Sprich, Jedem milchliefernden Landwirt wurde eine Milchmenge zugeteilt, die er an seine Molkeerei liefern durfte. Das ändert sich zum 1. April. Milcherzeuger können ihre Produktion somit erweitern und sich stärker als bisher für internationale Absatzmärkte öffnen. Auch wenn insgesamt eine positive Entwicklung erwartet werde, könnten stärkere Preisschwankungen gerade kleinere und mittlere Betriebe vor Herausforderungen stellen. Der Quotenausstieg müsse deshalb intensiv beobachtet werden, heißt es im Antrag.

Medienkompetenz fördern



Foto: picture alliance/ZB

Gebildet in Digitalen Medien

Eine Welt ohne Internet? Undenkbar! Gerade Kinder und Jugendliche sind im Netz zu Hause. Umso wichtiger ist es, ihre Kompetenz frühzeitig zu schulen und auf Gefahren der neuen Medien aufmerksam zu machen. Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag einen entsprechenden Koalitionsantrag zur Stärkung der Medienkompetenz diskutiert. Vor allem in Schulen und im Bildungswesen sollen verstärkt Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien vermittelt werden. Denn Bildung und Forschung seien bei der Digitalisierung wesentliche Treiber von Innovationen, machte der Parlamentarische Staatssekretär, Stefan Müller (CSU), im Deutschen Bundestag.

Im Plenum wurde außerdem eine Unterrichtung zum Forschungsrahmenprogramm der Bundesregierung zur IT-Sicherheit beraten. Darin unterstreicht die Regierung den Stellenwert von IT-Sicherheit auch in Zukunft.